

Für Integration und Bildung von Kindern und ihren Familien

Flüchtlingsrat im Kreis Heinsberg e.V. informiert über Resolution



Hans-Jürgen Knubben, Achim Kück, Hans-Joachim Schwabe, Jutta Schwinkendorf und Lutz Braunöhler (v.l.n.r.)

Der Vorstand des Flüchtlingsrates im Kreis Heinsberg e.V. stellte beim Pressegespräch im Haus der Integration in Heinsberg-Oberbruch eine neue Resolution vor. Anwesend für den Flüchtlingsrat waren Hans-Jürgen Knubben (1. Vorsitzender), Achim Kück (Geschäftsführer und Flüchtlingsseelsorger in der Region Heinsberg), Lutz Braunöhler (Beisitzer und Vorsitzender des Katholikenrates der Region Heinsberg) und Jutta Schwinkendorf (Stellvertretende Vorsitzende).

Normalerweise reagieren Institutionen wie der Flüchtlingsrat auf Entscheidungen der Politik, nachdem diese getroffen sind. In diesem Fall verabschiedete der Flüchtlingsrat seine Resolution auf Grund von Vorabinformationen in der Hoffnung, die anstehenden politischen Entscheidungen im Interesse der Flüchtlinge zu beeinflussen.

Ein zentraler Punkt der Resolution ist die Absicht, dass künftig auch „Familien mit minderjährigen Kindern bis zu 24 Monaten in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen leben sollen.“

Zu diesem Punkt die Resolution: „Der Flüchtlingsrat im Kreis Heinsberg e.V. fordert die Landesregierung und das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen auf, umgehend zu erklären, dass eine Verlängerung des Aufenthaltes von minderjährigen Kindern in Zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes über sechs Monate nicht weiterverfolgt wird.“

Der Flüchtlingsrat sieht „Zentrale Unterbringungseinrichtungen“ (ZUE) wie die in Wegberg-Petersholz als „vor allem für Kinder ungeeignet. Es findet keine nachhaltige Integration statt, es gibt keine Kindertageseinrichtung, die den gesetzlichen Vorgaben und damit dem

Kindeswohl entspricht. Außerdem wird ein Schulbesuch der Kinder verhindert. Eine Unterbringung in einer Zentralen Unterbringungseinrichtung bedeutet darüber hinaus einen eklatanten Verstoß:

gegen unser Grundgesetz: u.a. Artikel 3 Gleichheit vor dem Gesetz

gegen die Grundrechte Charta der Europäischen Union: Artikel 14 (Recht auf Bildung)

Artikel 20 (Gleichheit vor dem Gesetz), Artikel 24 (Rechte des Kindes)

gegen die UN-Kinderrechtskonvention und gegen das Haager Minderjährigenschutzabkommen (MSA).“

Die Situation in Wegberg-Petersholz stelle sich so dar: Weder Kindergartenbetreuung noch Schulunterricht könne durchgeführt werden, da es an Mitarbeiter*innen fehle. Es gebe aktuell eine Ausschreibung, Personal für 31 Lehrstellen für 40 (!) ZUE werde gesucht.

In der ZUE Petersholz seien aktuell 450 Personen untergebracht, davon ca. 50-60 Kinder, für die es lediglich eine Lehrkraft gebe. Auch auf diesem Hintergrund sei es Ziel der Resolution, dass die Kinder möglichst schnell die ZUE verlassen könnten, um dann ihrer Schulpflicht nachkommen zu können. Laut MSA haben Flüchtlingskinder gleiche Rechte wie einheimische Kinder.

Den vollständigen Text der Resolution finden Sie hier:

https://www.kkrjuelich.de/fileadmin/documents/Fluechtlingsrat_HS_2019-2_Resolution.pdf

Was der Flüchtlingsrat im Alltag der Flüchtlinge bewirken kann

Das Alltagsgeschäft der Mitglieder des Flüchtlingsrates stellt sich nach Auskunft der Vorstandsmitglieder als sehr mühsam und kleinteilig dar. Man könne im politisch-gesellschaftlichen Bereich eher wenig bewirken für die Menschen, die als Flüchtlinge unser Land erreichen.

Aber in Gesprächen mit dem Landrat, der Leitung des Ausländeramtes sowie den Fraktionen im Kreistag bemühe man sich um Lösungen von Problemen in konkreten Fällen. Dass die Arbeit für Flüchtlinge in der Öffentlichkeit nicht mehr gerne gesehen werde, erschwere das Engagement. Bisweilen werde das Eintreten für diese Menschen sogar kriminalisiert. Seit 2015 habe die Zivilgesellschaft an Willkommenskultur und Freundlichkeit viel verloren, die Stimmung sei gekippt.

Dennoch seien die Mitglieder des Flüchtlingsrates hoch engagiert an der Arbeit. In persönlichen Kontakten und mit konkreten Hilfeleistungen für die oftmals schwer traumatisierten Menschen versuche man immer wieder, menschenwürdige und zukunftsfähige Situationen zu schaffen. Zur Rettung der Flüchtlinge aus dem Mittelmeer und zur Betreuung hier vor Ort gebe es keine Alternative.

Text und Foto: Johannes de Kleine, Kirchenkreis Jülich